

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 26.09.2022 um 14:30 Uhr
Festhalle Pirmasens, Volksgartenstraße

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	38

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

(außer TOP 3.4)

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Wolfgang Deny

Frau Ulla Eder

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet

Frau Annette Sheriff

Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Daniel Durm
Herr André Jankwitz
Frau Annette Legleitner
Herr Oliver Minakaran

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Martin Forster

Herr Ralph Stegner

Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
(TOP 3.2)

Bauhilfe Pirmasens GmbH (TOP 3.1)

Abwesend:

Mitglieder

Herr Maurice Croissant
Herr Dr. Florian Dreifus
Herr Frank Eschrich
Frau Brigitte Freihold
Herr Ralf Müller
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende bittet um Ergänzung des neuen Tagesordnungspunktes 4 "Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen des "Sonderprogramms für vereinseigene Anlagen zur Förderung von kleinen Baumaßnahmen der Sportvereine" zur Förderung der Sanierung der Damentoilette beim FC Hengsberg 1923 e.V."

Des Weiteren bittet er um die Änderung des Tagesordnungspunktes 3.1 "Weisungsbeschlüsse Bauhilfe". Tagesordnungspunkt 3.1.4. "Abschlussprüfer 2021" werde zu Tagesordnungspunkt 3.1.1, die nachfolgenden Punkte zu den Tagesordnungspunkten 3.1.2 bis 3.1.5.

Außerdem bittet er um einen eigenen Tagesordnungspunkt 3.4 für die Weisungsbeschlüsse zur Entlastung der Aufsichtsräte Krankenhaus und MVZ. Aus dem Tagesordnungspunkt 3.2.3 wird 3.4.1 "Entlastung Aufsichtsrat Krankenhaus" und aus 3.3.3 wird 3.4.2 "Entlastung Aufsichtsrat MVZ".

Über die Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche beschließt der Stadtrat einstimmig.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Entwicklungskonzept "Gewerbe- und Industrieflächen für die Region Südwestpfalz"
2. Änderungssatzung zur Änderung der Friedhofssatzung
3. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der
 - 3.1. Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 3.1.1. Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2021
 - 3.1.2. Feststellung des Jahresabschlusses 2021
 - 3.1.3. Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2021
 - 3.1.4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021
 - 3.1.5. Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2022
 - 3.2. Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 3.2.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2022
 - 3.2.2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 202

- 3.3. Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)
 - 3.3.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2021
 - 3.3.2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021
- 3.4. Entlastung der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2021
 - 3.4.1. Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 3.4.2. Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)
- 4. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen des „Sonderprogramms für vereinseigene Anlagen zur Förderung von kleinen Baumaßnahmen der Sportvereine“ zur Förderung der Sanierung der Damentoilette beim FC Hengsberg 1923 e.V.
- 5. Anträge der Fraktionen
 - 5.1. Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 13.05.2020 bzgl. "Resolution Kommunales Bauen - Baupreisdeckel"
- 6. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Abschlussbericht Entwicklungskonzept "Gewerbe- und Industrieflächen für die Region Südwestpfalz"
Vorlage: 0065/I/10/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 20.09.2022.

Er teilt mit, in der Stadtratssitzung am 27.06.2022 sei bereits ein Zwischenbericht erfolgt. In dem vergangenen Hauptausschuss am 19.09.2022 sei dann die Vorstellung des Abschlussberichts erfolgt. In der heutigen Sitzung solle die abschließende Kenntnisnahme der hochgeladenen Unterlagen erfolgen.

Der Stadtrat nimmt das Entwicklungskonzept „Gewerbe- und Industrieflächen für die Region Südwestpfalz – Landkreis, Pirmasens, Zweibrücken“ zur Kenntnis.

Das Entwicklungskonzept soll als Grundlage für die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen in der Region Südwestpfalz dienen.

zu 2 Änderungssatzung zur Änderung der Friedhofssatzung
Vorlage: 1526/III/30/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofamtes vom 06.09.2022.

Bürgermeister Maas zeigt auf, das im Hauptausschuss diskutierte Formblatt sei aus der Satzung entfernt worden. Ebenso die Festlegung auf 10 vorgeschriebene Segnungssprüche. Nun würde das gleiche Verfahren wie bei den Sandsteinplatten angewandt. Die Kunden kümmern sich eigenständig um die Beschaffung und Ausfertigung der Schilder sowie den Aussegnungsspruch. Diese könnten sie dann beim Friedhofsamt zur Anbringung abgeben. Vor der Anbringung dieser Schilder erfolge allerdings eine Kontrolle durch die Mitarbeiter. Sollte ein unangemessener Spruch auf den Schildern stehen, würden diese nicht angebracht.

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob eine textliche Vorgabe weiterhin vorhanden sei.

Bürgermeister Maas verneint dies. Der Segnungsspruch sei frei wählbar.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des § 15 der Friedhofssatzung vom 02. Juni 2021 wie folgt:

„(4a) Baumgrabstätten sind Aschengrabstätten; hierbei wird zwischen dem Gemeinschaftsbaum und dem Familienbaum unterscheiden.

Der Gemeinschaftsbaum ist eine Urnenreihengrabstätte; es besteht grundsätzlich kein Wahlrecht, die Bäume werden der Reihe nach zugeteilt. Die Grabstellen werden in Kreisform um den Baum platziert. Es können mehrere Urnen um einen Baum bestattet werden. Eine dieser Grabstellen kann im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (15 Jahre) erworben werden. Eine Verlängerung der Nutzungszeit ist nicht möglich.

Der Familienbaum ist eine Urnenwahlgrabstätte. Es wird unterschieden zwischen Familienbaumgrabstätten mit zwei und mit vier Grabstellen. Der künftige Nutzungsberechtigte kann den Familienbaum im angebotenen Gradfeld frei auswählen. Die Grabstätte wird beim Ersterwerb zunächst auf 25 Jahre erworben und kann jederzeit verlängert werden. Beim Fami-

lienbaum ist es erlaubt, eine kleine rote Sandsteinplatte mit den Maßen 0,30 x 0,40 x 0,07 m mit dem Familiennamen anzubringen.

Eine Gestaltung der Baumgrabstätten, insbesondere durch Anbringen von Grabschmuck oder Grabmalen sowie Anpflanzungen am Baum, ist untersagt. Bei Zuwiderhandlungen räumt die Friedhofsverwaltung die unzulässig angebrachten oder aufgestellten Gegenstände ab.“

„(4b) Für die Baumgrabstätten im Bestattungswald Haseneck gelten abweichend von Absatz 4a zusätzlich folgende besondere Regelungen:

Die Baumgrabstätten können sowohl als Familienbaum, als auch als Gemeinschaftsbaum erworben werden.

Bei den Baumgrabstätten können nur Namensschilder in einer Größe von 75 x 100 mm oder 100 x 150 mm aus Aluminium als Alu DiBond in 3mm Stärke, Oberfläche in Edelstahl gebürstet, anthrazitfarben, Schildecken abgerundet, 1 Bohrung oben mittig 5 mm, angebracht werden. Hierzu ist bei der Friedhofsverwaltung ein entsprechender Antrag einzureichen und zur Genehmigung vorzulegen.

Das kleinere Namensschild (75 x 100 mm) darf ausschließlich mit Vor- und Zunamen sowie Geburts- und Sterbetag des Verstorbenen versehen werden.

Bei dem größeren Namensschild (100 x 150 mm) ist es möglich – zusätzlich zu den vor genannten Angaben (Vor- und Zuname, Geburts- und Sterbetag) - einen Segensspruch hinzuzufügen.

Die Namensschilder werden von der Friedhofsverwaltung angebracht. Je Bestattung ist ein Namensschild zulässig. Nicht genehmigte Namensschilder werden sofort nach Bekanntwerden entfernt.

Im Übrigen gelten auch für den Bestattungswald Haseneck die in § 15 Abs. 4a getroffenen Regelungen.“

zu 3 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der

zu 3.1 Bauhilfe Pirmasens GmbH

Herr Stegner stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) den Jahresabschluss 2021 vor.

Ratsmitglied Eyrisch spricht ein Lob für die geleistete Arbeit der Bauhilfe aus. Bezüglich des Jahresabschlusses würden keine Fragen vorliegen. Sie betont, die Bauhilfe Pirmasens sei nicht nur ein kommunales Unternehmen, sondern arbeite bei allen Projekten mit viel Herz und Engagement.

Ratsmitglied Tilly spricht ebenfalls ein Lob für die Bauhilfe aus. Ebenfalls sei die Bauhilfe auf dem richtigen Weg um etwas Positives für die Stadt zu leisten. Auch beim Thema Energie sei die Bauhilfe fortschrittlich. Er bittet, die Präsentation allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

zu 3.1.1 Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 09.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Zum Abschlussprüfer der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2021 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft VdW südwest, Frankfurt, bestellt.

zu 3.1.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 09.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss für 2021 wird mit folgenden Ergebnissen entsprechend § 8 Absatz 1 d des Gesellschaftsvertrages festgestellt:

Bilanzsumme 39.130.256,21 EUR

Jahresfehlbetrag 525.474,28 EUR

zu 3.1.3 Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 09.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Geschäftsführer der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

zu 3.1.4 Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 09.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an der Beratung und Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates nicht teilgenommen.

zu 3.1.5 Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 09.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Zum Abschlussprüfer der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2022 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft VdW südwest, Frankfurt, bestellt.

zu 3.2 Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

Herr Forster zeigt auf, die Jahresabschlüsse würden vorliegen. Zum jetzigen Zeitpunkt befindet man sich in wirtschaftlichen Kapriolen, denn im Jahr 2020 habe der Bund großzügige Ausgleichszahlungen wegen der Corona-Pandemie an die Krankenhäuser gezahlt, im Jahr 2021 fielen diese jedoch geringer aus. Somit seien für das Jahr 2021 rote Zahlen zu verzeichnen. Auch im Jahr 2022 sei mit roten Zahlen zu rechnen. Dazu stehe das Krankenhaus vor einem eklatanten Personalmangel und eklatant hohen Kosten. Somit stehe man vor keiner guten Ausgangslage.

Im Vergleich zu anderen Krankenhäusern stehe Pirmasens noch vergleichsweise gut da, denn in Pirmasens sei keine Station geschlossen worden. Anders sehe es in Rodalben aus. Dort seien drei von sechs Stationen geschlossen worden. Auch Homburg und andere Krankenhäuser im Umkreis hätten Stationen schließen müssen.

In der Pirmasenser Notfallaufnahme seien drei statt sechs Mitarbeiter im Dienst, daher bitte er um Verständnis und Geduld bei den Patienten. Er betont, es könne nicht ausgeschlossen werden, ob nicht auch in Pirmasens gehandelt werden müsse. Gegebenenfalls müsse man sich auf die Rückführung von Leistungsangeboten vorbereiten.

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, da sie im Aufsichtsrat des Krankenhauses Mitglied sei, könne sie die Arbeit des Krankenhauses nah verfolgen. Sie dankt für die klare Aussage von Herrn Forster, den auf die aktuelle Situation müsse hingewiesen werden. Auch bestehe ein Pflege-notstand im Krankenhaus und nicht nur in Pflegeeinrichtungen. Dass es dem Krankenhaus in Pirmasens nicht so schlecht gehe wie anderen Krankenhäusern sei der Verdienst von Herrn Foster.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich ebenfalls für die Klarstellung und die deutlichen Worte. Eventuell solle jedoch eine Lösung für niedergelassene Ärzte gefunden werden.

zu 3.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhaus Pirmasens vom 15.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Jahresabschluss 2021 der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von € 1.092.454,82 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 3.2.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses Pirmasens vom 15.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Geschäftsführung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2021 erteilt.

zu 3.3 Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)

zu 3.3.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses Pirmasens vom 15.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Jahresabschluss 2021 der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) wird genehmigt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von € - 120.101,06 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 3.3.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses Pirmasens vom 15.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens GmbH (MVZ GmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Geschäftsführung der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2021 erteilt.

zu 3.4 Entlastung der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2021

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung der Entlastung der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2021 nicht teil.

zu 3.4.1 Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses Pirmasens vom 15.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2021 erteilt.

zu 3.4.2 Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses Pirmasens vom 15.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2021 erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Oberbürgermeister Markus Zwick sowie die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an der Beratung und Entscheidung über die Entlastung der Aufsichtsräte nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

**zu 4 Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen des "Sonderprogramms für vereinseigene Anlagen zur Förderung von kleinen Baumaßnahmen der Sportvereine" zur Förderung der Sanierung der Damentoilette beim FC Hengsberg 1923 e.V.
Vorlage: 1543/I/10/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 22.09.2022.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, das Projekt würde nicht hinterfragt jedoch fragt er an, wie hoch die Kosten seien.

Der Vorsitzende zeigt auf, für die Stadt entstünden keine Kosten, denn nur das Einvernehmen müsse erteilt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Stadt Pirmasens erteilt dem Sportbund Pfalz e.V. im Rahmen des „Sonderprogramms für vereinseigene Anlagen zur Förderung von kleinen Baumaßnahmen der Sportvereine“ das Einvernehmen zur Förderung der Sanierung der Damentoilette beim FC Hengsberg 1923 e.V.

zu 5 Anträge der Fraktionen

zu 5.1 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 13.05.2020 bzgl. "Resolution Kommunales Bauen - Baupreisdeckel"

Bürgermeister Maas führt aus, nach mehrmaliger Nachfrage habe die Stadt eine Antwort des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 22.08.2022 erhalten. Dieses Schreiben würde im Nachgang zur Sitzung allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Die Kernaussage des Schreibens sei, dass keine rechtliche Handhabe zur Überprüfung von Baupreisen nach dem Preisgesetz vorliege.

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich ab.

zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19.05.2022 bzgl. "Solidaritätspartnerschaft"

Herr Minakaran stellt die Stellungnahme der Verwaltung vor: "Als Beurteilungsgrundlage wurden neben öffentlich zugänglichen Informationen das SKEW-Partnerschaftsportal sowie die Erfahrungen aus der Teilnahme an der Konferenz „Austausch mit Kommunen zur UKR“,

u.a. mit der Frau Bundesentwicklungsministerin Schulze sowie Herrn Bürgermeister Vitali Klitschko und beteiligten deutschen und ukrainischen Kommunen zu Grunde gelegt.

Zu trennen sind danach Städtepartnerschaften, die schon seit Jahren bestehen und solche, die sich nach Kriegsbeginn geschlossen wurden bzw. in der Anbahnung befinden. Letztere sollen sich mit Projekten zu konkreten Bedarfen ukrainischer Städte beschäftigen. Hier haben sich insbesondere zwei große Themenschwerpunkte herausgestellt, nämlich zum einen die Flüchtlingshilfe, zum anderen Projekte zum Wiederaufbau.

Flüchtlingsprojekte sind vor allem dort angesiedelt, wo auch Flüchtlinge gezielt ankommen, was nach Bekunden in der Konferenz insbesondere die größeren Städte sind. Hier wird besondere Hilfe zur Integration, aber auch wirtschaftliche Unterstützung zum Einstieg ins Berufsleben und die Selbständigkeit geleistet.

Was die Wiederaufbauprojekte anbetrifft, so sind hiervon alle denkbaren Infrastrukturen betroffen, derzeit aber insbesondere Wiederaufbau und Unterstützung von Krankenhäusern, Kindergärten und Schulen. So gibt es ein eigenes Förderprojekt zu Krankenhauspartnerschaften, allerdings richtet sich dies an Unikliniken.

Es wurde deutlich, dass die Partnerschaftsprojekte nur unter Aufbringung eigener kommunaler Finanzmittel möglich sind. So hat die Stadt Leipzig ein Budget von 5 Mio. EUR für die Ukraine-Hilfe, Mannheim 1 Mio. EUR und Sindelfingen ½ Mio. Euro an Finanzmitteln freigegeben. Auf Gemeindeebene stellen die Mittel freiwillige Leistungen dar, was in der Konferenz als grundsätzliches Problem dargestellt wurde.

Vor dem Hintergrund der haushaltsrechtlichen Haltung der Aufsichtsbehörde besteht auch nach Einschätzung der Abteilung Finanzen für weitere freiwillige Leistungen im Haushalt der Stadt Pirmasens zumindest derzeit kein Spielraum, ohne diese an anderer Stelle einzusparen. Wir halten es daher für zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zweckmäßig, eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt einzugehen. Je nach finanzieller Entwicklung und mittelfristiger Haltung des Landes bzw. Regelung des kommunalen Finanzausgleichs kann dies zu einem späteren Zeitpunkt erneut geprüft werden.

Um dennoch die Solidarität mit der Ukraine zu bekunden und zur Unterstützung beizutragen, könnte ein erneuter Spenden- und Unterstützungsauftrag der Stadt ein zielführendes Mittel sein. Die Homepage der Stadt wurde diesbezüglich nochmals überarbeitet und aktualisiert."

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, eine Solidaritätspartnerschaft sei ohne finanzielle Mittel nicht sinnvoll beziehungsweise nicht möglich. Grundsätzlich sei die Idee des Antrags allerdings gut.

Ratsmitglied Hussong bedankt sich für die Darstellung. Die Stadtratsfraktion-SPD habe nicht damit gerechnet, dass Geld zur Verfügung stehe. Nichts zu unternehmen sei allerdings keine Lösung. Er bittet die Verwaltung, sich nochmals Gedanken zu machen, wie man ohne große finanzielle Mittel unterstützen könnte. Die Aussage zu tätigen, dass ohne Geld nicht geholfen werden könne, reiche nicht aus. Der Antrag solle somit zurückgestellt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Hilfe geleistet würde stimme so nicht. Zum Beispiel leiste die Krisenhilfe gute Arbeit, aber auch in der Gesellschaft sei eine breite Solidarität zu verzeichnen. Daher schlage die Verwaltung vor, alle wichtigen Informationen auf der Homepage zu veröffentlichen, um die Kräfte aus der Stadtgesellschaft zu bündeln.

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, alle hätten tiefstes und ehrliches Mitgefühl für die Menschen in der Ukraine, jedoch habe die Stadt keine finanzielle Mittel um Hilfe zu leisten und dürfe

dies auch nicht. Fakt sei, die Stadt habe kein Geld. Nicht nur die medizinische Krisenhilfe sondern auch das Sozialamt und Pakt für Pirmasens hätten viel Hilfe geleistet.

Ratsmitglied Dr. Matheis fügt hinzu, der Blick dürfe nicht ausschließlich auf die finanzielle Mittel gelenkt werden. Viele die bereits Hilfe geleistet hätten, täten dies, weil sie wüssten, wo die Hilfe unmittelbar ankomme. Die Hilfe werde nicht nur bei einer bestimmten Stadt geleistet, sondern dort, wo sie benötigt werde. Daher sollten die vorhandenen Kontakte genutzt werden, um gezielte Hilfen leisten zu können.

Ratsmitglied Hussong erklärt, Zielrichtung des Antrags sei es die Hilfen nicht nur auf eine Stadt zu begrenzen, sondern dort zu helfen, wo Hilfe benötigt werde.

Der Vorsitzende führt aus, bereits jetzt würde Hilfe geleistet. Gegebenenfalls könnten Hilfen nochmals nachgesteuert werden.

Ratsmitglied Hussong bittet, den Antrag nochmals aufzunehmen und auch nochmals mit den Hilfsorganisationen in Kontakt zu treten. Nach einem erneuten Bericht sei der Antrag damit erledigt.

zu 6 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 6.1 Beantwortung von Anfragen

zu 6.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Tilly vom 18.07.2022 bzgl. "Anmerkung zur Beantwortung der Anfrage "Fragen zur Stadtentwicklung: Kaufhallengelände, Happy Forest Quarter, Masterplan 2015""

Der Vorsitzende zeigt auf, aus dem Schusterbrunnenquartier sei ein Verein gegründet worden. Der Name sei Förderverein Schusterbrunnen PS e. V. und die Gründung habe 2021 stattgefunden. Sodann stellt er den Vorstand vor:

- | | |
|------------------|--|
| 1. Vorsitzende: | Vanessa Weisbrod |
| 2. Vorsitzender: | Constantin Weidlich |
| Schriftführerin: | Birgit Klein |
| Kassenwart: | Antonio Gallucci |
| Beisitzer: | Thomas-Erno Weidner, Wolfdietrich Rasp |
| 1. Revisor: | Stefan Sefrin |
| 2. Revisor: | Lutz Geißinger |

zu 6.1.2 Anfrage von Ratsmitglied Weiß vom 18.07.2022 bzgl. Fahrbahnsanierung auf der B10"

Der Vorsitzende erklärt, aufgrund des Umfang der Beantwortung würde diese (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 6.2 Informationen

zu 6.2.1 Einbringung Haushalt und zusätzlicher Hauptausschuss

Der Vorsitzende zeigt auf, die Einbringung des Haushaltes sei für die Stadtratssitzung am 14.11.2022 geplant. Somit könne die Haushaltsberatung in der Hauptausschusssitzung am 28.11.2022 erfolgen. Eine zusätzliche Hauptausschusssitzung solle am 05.12.2022 stattfinden. In dieser zusätzlichen Sitzung könnten Rückfragen gestellt und sonstige Vorlagen behandelt werden. Die Beschlussfassung über den Haushalt, könne dann in der Stadtratssitzung am 12.12.2022 erfolgen.

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob ein Nachtragshaushalt oder der Haushalt 2023 beraten und beschlossen werden soll.

Bürgermeister Maas erklärt, ein neuer Haushalt 2023 würde beraten und beschlossen. Für den 2022 erfolge kein Nachtragshaushalt.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 6.2.2 Jugend- und Auszubildendenvertretung

Der Vorsitzende zeigt auf, die Jugend- und Auszubildendenvertretung hätte einen Imagefilm zur Nachwuchskräftegewinnung bei der Stadtverwaltung Pirmasens aufgenommen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei zuerst der Imagefilm für den Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/r fertiggestellt. Imagefilme zu den anderen Ausbildungsberufen würden zukünftig folgen.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 6.2.3 Kunst in Pirmasens

Der Vorsitzende führt aus, das Forum ALTE POST habe Anfang Juli Pirmasenser/innen und Pirmasenser dazu aufgerufen, ihre Kunstwerke und kreativen Arbeiten für eine Ausstellung im Oktober einzureichen, um diese auszustellen. Außerdem bestünde die Möglichkeit, während des Ausstellungszeitraums sein Atelier zu präsentieren oder musikalische Beiträge einzubringen. Dem Aufruf Bilder und Skulpturen einzureichen seien 26 Personen aus Pirmasens und dem Umland nachgekommen. Ihre Einreichungen würden vom 22.10 - 06.11.2022 im Forum ALTE POST ausgestellt. Keiner der Personen sei daran interessiert gewesen, sein Atelier zu öffnen oder einen Bühnenbeitrag zu leisten.

zu 6.2.4 Altschuldenlösung

Der Vorsitzende zeigt auf, das Land habe letzte Woche angekündigt, die Stadt teilweise zu entschulden, sogar deutlich über 50% der Altschulden. Die Rede sei gegebenenfalls sogar über 200 Millionen Euro. Dies sei ein Grund zum Feiern. Allerdings sei es bei ihm eine sehr vorsichtige Freude und noch kein Grund die Korken knallen zu lassen.

Die Altschuldenlösung sei eine wichtige und überfällige Entscheidung des Landes. Hierfür spreche er ausdrücklich sein Lob aus. Diese sei aber kein Geschenk oder ähnliches an die Stadt. Die Altschulden seien vom Land selbst verursacht. Der Finanzausgleich sei seit mindestens 15 Jahren verfassungswidrig. Die Stadt sei unverschuldet in diese Situation geraten. Es sei somit keine Wohltat, sondern eine Verpflichtung des Landes.

Für Pirmasens sei dies dennoch ein Meilenstein im Kampf für Gerechtigkeit, denn dafür habe die Stadt jahrelang gekämpft und ein großer Schritt für die Bürgerinnen und Bürger sei gemacht worden.

Jedoch sei die Altschuldenlösung nur der erste Schritt. Als zweiter Schritt müsse das Land verhindern, dass die Städte und Gemeinden sich künftig wieder neu verschulden müssen. Dazu müssten belastete Städte und Gemeinden mehr Geld vom Land erhalten. Ansonsten sei die Stadt in ein paar Jahren genau so weit wie heute, weil dann neue Schuldenberge angehäuft würden. Auch hier bestehe vorsichtiger Grund zur Hoffnung. Das Land müsse den Finanzausgleich neu regeln, da die Stadt eine Klage beim Verfassungsgerichtshof in Koblenz gewonnen habe. Dort sei festgestellt worden, dass der Finanzausgleich verfassungswidrig sei. Ab 2023 solle es mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Gelder geben.

Beim Finanzausgleich sei er allerdings in großer Sorge. Anders als bei den Altschulden scheine das Land seine Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. Denn der Stadt liege eine Vergleichsberechnung vor, die ernüchternd sei.

Diese deute darauf hin, dass das Grundproblem nicht gelöst worden sei. Wenn es dabei bleibe, werde Pirmasens seinen Haushalt auch künftig nicht ausgleichen können. Dann wäre die Reform erneut gescheitert. Hier müsse also vom Land dringend nachgesteuert werden. Der Kampf der Stadt für die Gerechtigkeit hätte man erst gewonnen, wenn das Land auch konsequent den zweiten Schritt gehe. Dann könnte tatsächlich von einem großen Wurf gesprochen werden.

Bis dahin sei jedoch ein anderes Problem vorhanden. Das Land versuche zunehmend, die Mängel im Finanzausgleich auf die Kommunen abzuwälzen. Es bediene sich dabei der Kommunalaufsicht durch die ADD. Das äußere sich zum Beispiel darin, dass massive Steuererhöhungen gefordert würden.

Er fürchte daher, dass die Mängel der Finanzreform auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen werden sollen. Gerade jetzt, wo die Bürgerinnen und Bürger enorm durch Energiepreisssteigerungen belastet seien, sei solch eine Steuererhöhung unzumutbar. Der Staat solle auf Entlastung der Bürgerinnen und Bürger hinwirken und nicht auf eine zusätzliche Belastung drängen.

Pirmasens kämpfe seit vielen Jahren um mehr Gerechtigkeit für die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Denn Pirmasens und andere Städte seien seit langem dazu gezwungen, enorme Schuldenberge aufzuhäufen. Die Städte selbst treffe keine Schuld. Das Land und der Bund hätten den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, das erforderliche Geld habe das Land den Städten und Gemeinden allerdings nicht zugeteilt. Zur Erfüllung der Aufgaben mussten die Städte wie Pirmasens enorme Kredite aufnehmen. Dies stelle eine echte Schuldenfalle auf Kosten der Bürger dar. Doch der Kampf für Gerechtigkeit zeige endlich Wirkung.

Heute habe das Land ein Gesetz zur Altschuldenlösung angekündigt. Diese sei erforderlich, um eine Übernahme von kommunalen Schulden durch das Land zu ermöglichen. Damit würde der Weg für eine Lösung des Altschulden-Problems geebnet. Das Land möchte die Hälfte der kommunalen Schulden übernehmen, gegebenenfalls auch mehr. Den Rest solle der Bund übernehmen.

Für Pirmasens sei das ein kleiner Meilenstein, denn das Land gebe damit seine jahrelange Blockadehaltung auf und übernehme endlich die Verantwortung für seine Kommunen.

Ein gutes Zeichen sehe man darin, dass die Verfassungsänderung parteiübergreifend mitgetragen werde. Das zeige, dass die jahrelangen Bemühungen von Pirmasens endlich in den Köpfen angekommen seien. Die Landespolitik scheine die Nöte und Sorgen der Kommunen endlich erkannt zu haben. Dies sei gut, denn finanziell gesunde Kommunen seien gerade für das Land eine große Chance.

Ratsmitglied Eyrisch führt aus, sie könne fast alle Ausführungen des Vorsitzenden unterzeichnen. Der Ausgleich sei keine Wohltat des Landes. Das Land stelle sich so hin, als würde es den verschuldeten Städten helfen, obwohl es selbst der Grund an der Verschuldung sei. Dieses Verhalten sei skandalös. Die Landesregierung solle hinterfragt werden, auch im Hinblick auf kommende Wahlen.

Ratsmitglied Weiß fragt an, wann der Ausgleich erfolgen würde.

Der Vorsitzende teilt mit, der Ausgleich sei für das Jahr 2024 geplant.

Ratsmitglied Weiß zeigt auf, zum jetzigen Zeitpunkt sei ein Niedrigzins zu verzeichnen, weshalb die Frage aufgekomen sei, warum der Ausgleich erst 2024 erfolge.

Dies liege am Gesetzgebungsverfahren, erklärt der Vorsitzende.

Ratsmitglied Tilly erklärt, zum jetzigen Zeitpunkt könne man nur spekulieren, da man nicht sicher sagen könne, ob es so komme oder nicht. Daher solle die Diskussion erst eröffnet werden, wenn belastbare Zahlen vorlägen. Er weist daraufhin, dass auch die CDU die Alt-schuldenlösung verhindert hätte.

Ratsmitglied Eyrisch erwidert, so sei diese Aussage nicht richtig. Die CDU habe nicht zugestimmt, da keine genauen Bestimmungen für die Zukunft festgelegt worden waren. Ohne diese Bestimmungen würde man in 10-15 Jahren wieder vor den selben Problemen sitzen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, es könne nicht gewartet werden bis das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sei. Die Zeit zum Handeln sei jetzt.

Ratsmitglied Tilly bittet um Bereitstellung der Proheberechnungen. Dann könne diskutiert werden. Ohne Vergleichsberechnungen sei dies nicht möglich.

Der Vorsitzende erwidert, die zwei vorhandenen Proheberechnungen seien durch die Presse veröffentlicht worden, wodurch sie für alle ersichtlich seien.

Ratsmitglied Tilly erklärt, nicht nur das Ergebnis der Proheberechnung solle zur Verfügung gestellt werden, sondern auch der Weg, wie das Land auf dieses Ergebnis gekommen sei.

Der Vorsitzende teilt mit, das Land habe nicht mehr zur Proheberechnung erklärt. Die Stadt habe ebenfalls nur die Zahlen erhalten und nicht den Weg. Deshalb könne den Ratsmitgliedern nicht mehr präsentiert werden.

Bürgermeister Maas erklärt, im Mai sei eine Proheberechnung erfolgt, die das Ergebnis von 14 Mio. € festgelegt hat. Die Proheberechnung im August betrage nun 8,2 Mio. €. Wie der Unterschied zustande komme, wisse die Stadt nicht.

Ratsmitglied Hussong führt aus, er verstehe, dass die Interessen der Stadt gegenüber dem Land vertreten werden müssen. Jedoch hätten zumindest die Fraktionsvorsitzenden eine Information über die Senkung von 14 Mio. € auf 8,2 Mio. € erhalten können. Dies sei nicht erfolgt.

Ratsmitglied Eyrisch erwidert, auch der Stadtrat müsse die Interessen der Bürger vertreten.

Ratsmitglied Stegner führt aus, alle Informationen seien über den Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Sollte die Stadtratsfraktion SPD diese nicht erhalten haben, bittet er die Stadt diese Unterlagen der SPD zur Verfügung zu stellen.

Ratsmitglied Tilly merkt an, die Wortmeldung des Ratsmitglieds Stegner sei aus der Kategorie unnötig. Der Stadtratsfraktion SPD gehe es nicht um die Mitteilungen der Staatskanzlei, sondern um detaillierte Informationen. Er bittet um eine Mitteilung seitens der Stadt, wenn weitere Informationen vorliegen.

zu 6.2.5 Schließung des Wasgau-Marktes in Pirmasens-Winzeln

Der Vorsitzende zeigt auf, er habe mit Bestürzung von der Schließung des Wasgau-Marktes in Winzeln gehört. Dies sei problematisch, da der Markt ein sozialer Treffpunkt für ältere Menschen sei, aber auch die Grundversorgung für Winzeln, Gersbach und Windsberg absichere.

Deshalb habe er das Gespräch mit dem Vorstand, Herrn Forsman, gesucht. Ziel dieses Gesprächs sei der Erhalt des Marktes gewesen. Jedoch sei der Erhalt des Wasgau-Marktes aufgrund des hohen Sanierungsbedarfs nicht möglich. Allerdings habe er einen anderen Vorschlag, der für die Bürger Vorteile bringen könnte. So möchte Wasgau den Fortbestand der Bäckerei unterstützen. Wasgau stünde mit der Besitzerin, Frau Maier, bereits in konkreten Austausch. Ebenfalls wäre sie bereit, bei der Gestaltung eines vergrößerten Bäckereibereichs zu helfen. Dazu würde Wasgau auch eine Möblierung mit Tischen, Stühlen, Regalen übernehmen.

Weiterhin sehe Herr Forsman die Möglichkeit, Produkte der Grundversorgung dort anzubieten. Bei Art und Umfang dieser zusätzlichen Produkte sei die Wasgau flexibel. Dies sei auch die Entscheidung von Frau Maier. Deshalb habe er auch das Gespräch mit Frau Maier gesucht. Sie habe bestätigt, dass Wasgau mit einer Idee einer erweiterten Bäckerei auf sie zugekommen sei. Auch ihr sei dabei Unterstützung angeboten worden. Frau Maier habe mitgeteilt, sie möchte die Bäckerei tatsächlich weiterbetreiben und sei offen für die Idee der Wasgau. Es seien bereits weitere Gespräche zwischen ihr und Wasgau vereinbart. Sie wolle die Bitte prüfen, das Warensortiment nicht zu sehr zu begrenzen.

Die Schließung des Marktes sei ein großer Verlust, jedoch zeichne sich hier eine Kompromiss-Lösung ab. Die Grundversorgung und der soziale Aspekt für die Mitbürger seien mit dieser Kompromiss-Lösung gesichert. Das gelte insbesondere für die nicht mobilen und älteren Mitbürger. Auch die Ortsvorsteherinnen Frau Kiefer und Eyrisch, sowie der Ortsvorsteher Clauer stünden im Kontakt mit Frau Maier. Bei ihnen möchte er sich für ihren Einsatz herzlich bedanken.

zu 6.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 6.3.1 Anfrage von Ratsmitglied Deny bzgl. "Hundetütenspender und Abfallbehälter"

Ratsmitglied Deny verliest die Anfrage:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Ratskollegen,

In meiner Anfrage vom 13.09.2021 habe ich auf das Thema Hundetütenspender und Abfallbehälter hingewiesen. Damals hatte ich auf meine Fragen nur unzureichend Antworten erhalten. Vor wenigen Tagen ließ ich in der Pirmasenser Zeitung, dass Anwohner auf dem Horeb ebenfalls über übermäßige Verschmutzung durch Hundekot berichteten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Verwaltung nicht ausreichend auf dieses Problem reagiert. Deshalb wiederhole ich meine Fragen erneut:

1. Kann die Verwaltung Auskunft darüber geben, wie viele Hunde in Pirmasenser registriert sind?
2. Kann die Verwaltung darüber berichten, wie viele Hundetütenspender in der Stadt aufgestellt sind?
3. Ist sichergestellt, dass die Hundetütenspender auch dort installiert wurden, wo vermehrt Hundehalter registriert sind?
4. Kann die Verwaltung sicherstellen, dass ergänzend zu den Hundetütenspendern, die sicher nicht ausreichend sind, auch genügend Abfallbehälter installiert werden?

Über eine konkrete Auskunft würde ich mich freuen"

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 6.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Deny bzgl. "Mülltonnen auf den Gehwegen"

Ratsmitglied Deny verliest die Anfrage:

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Ratskollegen,

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag, vom 19.03.2022, auf die Problematik aufmerksam gemacht, die alte und gebrechliche Mitbürger beim Verbringen ihrer Müllbehälter auf die Straße haben. Wir hatten die Verwaltung aufgefordert, für die betroffenen Bürger Alternativen zu unterbreiten.

Ergänzend hierzu hat die SPD-Fraktion auch Vorschläge unterbreitet. Die Verwaltung hat zugesichert, in einer Aufklärungsoffensive den betroffenen Bürgern Möglichkeiten zur Hilfe aufzuzeigen. Kollege Tilly hat daraufhin unseren Antrag um ein halbes Jahr zurückgestellt. Deshalb meine Frage:

Ist die Verwaltung nach nunmehr über 6 Monaten in der Lage Auskunft darüber zu geben, ob die Informationsoffensive erfolgreich war und betroffenen Bürgern geholfen werden konnte."

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 6.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Eyrisch bzgl. "Öffnung der Rolltreppen in der Messe für die Berufsinformationsbörse"

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, in den vergangenen Jahren hätten die Bürgerinnen und Bürger auf dem unteren Parkplatz des Messegeländes parken können und mit der Rolltreppe in den oberen Teil des Messegeländes fahren können. Dies sei in diesem Jahr nicht möglich gewesen. Sie fragt an, weshalb in diesem Jahr die Rolltreppen nicht geöffnet waren.

Ratsmitglied Weiß erklärt, für die Öffnung der Rolltreppen seien in den vergangenen Jahren zusätzliche Wachmänner benötigt worden. Durch diese konnten ebenfalls die Aussteller den Aufzug benutzen. In diesem Jahr sei allerdings die Rolltreppe defekt gewesen, wodurch diese nicht geöffnet werden konnte.

zu 6.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Faroß-Göller bzgl. "Gefahrenstelle Beckenhofe Straße/Sengelsbergstraße"

Ratsmitglied Faroß-Göller führt aus, im Bereich der Einmündung von der Beckenhofe Straße in die Sengelsbergstraße sei eine Gefahrenstelle zu verzeichnen. Der Bereich in der Kurve sei für Autofahrer sehr gefährlich. Zwar seien dort bereits eine Tempo-30-Zone und eine durchgezogene Linie, jedoch bittet sie zu prüfen, ob an dieser Stelle eventuell ein absolutes Halteverbot erfolgen könne, um die Situation zu verbessern.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 6.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. „Kitas“

Ratsmitglied Welker verliest die Anfrage:

“Sieht die Stadt vor, eine Feuerwehrkraft zu beschäftigen, um Ausfälle zu kompensieren?
Wie hoch war die Anzahl der Notbetreuungstage im vergangenen Jahr?
Wie viele Erzieher/innen werden in Pirmasens selbst ausgebildet?
Für wie viele Kinder konnte kein Kita-Platz zur Verfügung gestellt werden und wie viele davon mit Rechtsanspruch? (ab 2 Jahre)
Wurde für diese Kinder die Betreuung durch eine Tagesmutter sichergestellt?
Wie stellt sich die Entwicklung der Beschäftigten in den letzten Jahren dar?
Wie viele Überstunden wurden im letzten Jahr geleistet?
Welche Kriterien liegen einer Platzvergabe zugrunde?
Wie gedenkt die Stadtverwaltung in der angespannten Lage zukünftig mit den Kita-Plätzen umzugehen?“

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 6.3.6 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Energieversorgung"

Ratsmitglied Tilly stellt die Anfrage (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Firma MVV Energie AG habe zu diesem Thema einen Runden Tisch eingerichtet. Derzeit sei man in Gesprächen mit dem Städtetag und der ADD, um Fonds zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Einnahmen durch Steuern bei Land und Bund würden 37 Mrd. € betragen. Die größten Steuereinnahmen verzeichne jedoch der Bund. Durch diese Steuereinnahmen könnten der Stadt Fonds zur Verfügung gestellt werden, um kein Defizit im Haushalt zu erhalten.

Bezüglich der zweiten Anfrage teilt er mit, dass die Stadtwerke und die Stadt alles machen, was gemacht werden könne. Zum einen versuche man die Mehrwertsteuer von 19% auf 7% zu senken. Bezüglich der Gasumlage würden viele Bürgerinnen und Bürger bei den Stadtwerken anrufen, weshalb es dort zu einer Überlastung kommen könnte. Die Stadtwerke würden ebenfalls im Kontakt mit der Verbraucherzentrale und dem Jobcenter stehen. Ein weiteres Beratungsangebot sei beim P11. Ebenfalls finde eine VHS-Veranstaltung bezüglich Energiesparmaßnahmen statt. Auch stünden alle Informationen auf der Homepage der Stadt und der Stadtwerke. So würde versucht, ausreichend Transparenz zu schaffen. Allerdings sei jeder Bürger selbst verantwortlich, sich über diese Wege zu informieren.

Der Vorsitzende erklärt, die Beantwortung würde auf Grund der Größe der Anfrage schriftlich erfolgen.

zu 6.3.7 Anfrage von Ratsmitglied Hendrichs bzgl. "Fertigstellungstermin Berufsbildende Schule Pirmasens"

Ratsmitglied Hendrichs fragt an, ob bereits ein Fertigstellungstermin für die Berufsbildende Schule feststehe.

Bürgermeister Maas erklärt, zum jetzigen Zeitpunkt stehe kein genauer Termin fest. Sobald ein Termin feststehe, würde der Stadtrat informiert.

zu 6.3.8 Anfrage von Ratsmitglied Hendrichs bzgl. "Wasserspender"

Ratsmitglied Hendrichs erkundigt sich nach der Hygienesicherheit bei Wasserspendern.

Bürgermeister Maas erklärt, Wasserspender seien eher abzulehnen.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.55 Uhr.

Pirmasens, den 30. November 2022

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Michael Maas
Vorsitzender TOP 3.4

gez. Anne Vieth
Protokollführung